

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. 1, Marienstraße 38/32, Fernruf 25241. Postfachkonto 1068 Dresden. Das Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. 1, Marienstraße 38/32, Fernruf 25241. Postfachkonto 1068 Dresden. Das Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. 1, Marienstraße 38/32, Fernruf 25241. Postfachkonto 1068 Dresden. Das Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

## Feuerüberfall auf ein deutsches Saar-Lokal

### Verzweiflungstaten der Emigranten

Saarbrücken, 31. Dezember. In den heutigen Nachtstunden ereignete sich in Saarbrücken ein Zwischenfall, der alles bisher Dagewesene erheblich in den Schatten stellt. Nach Schluß der Polizeistunde verließen einige Leute in das kleine Lokal Paul in dem Saarbrücker Stadtteil Malstatt einbrudringend, das Sonntagabend von Mitgliedern der Deutschen Front besucht worden war. Als sie das Lokal verschlossen fanden, feuerten sie blindlings etwa 30 bis 40 scharfe Schüsse durch Tür und Fenster ab. Wie durch ein Wunder wurde nur der Keller durch einen Anschlag verlegt. Sämtliche Fenster Scheiben wurden zertrümmert. Kurz nach diesem Zwischenfall begab sich der stellvertretende Landes-

leiter Rietmann persönlich an Ort und Stelle, um sich von dem Tatbestand zu überzeugen. Es kann mit Sicherheit angenommen werden, daß die Täter unter dem landfremden Gesindel der hiesigen Emigranten zu suchen sind. Nur diejenigen Elemente, die in ihrer hoffnungslosen Lage hier gar nichts mehr zu verlieren haben, sind derartiger Handlungen fähig. Durch diesen Vorfall wird noch einmal bewiesen, wie verheerend sich die Emigrantenpresse im Saargebiet auswirkt und zu welcher Gefahr sie für die öffentliche Ruhe und Sicherheit werden kann. Es muß erwartet werden, daß die hiesigen verantwortlichen Stellen unverzüglich die notwendigen Schritte tun, um den Tätern auf die Spur zu kommen.

Siehe nur die Wahrheit sagen. Heil Deutschland! Hugo Dagen, ehemaliger verantwortlicher Redakteur der „Neuen Saarpost“.

Gleichzeitig hat Herr Dagen ein längeres Schreiben an den Chefredakteur der „Neuen Saarpost“, Johann E. Hoffmann, gerichtet, in dem er erklärt, er habe bisher geglaubt, daß es Hoffmann um den deutschen Katholizismus ginge und um die Kirche. Heute glaube er das nicht mehr. Hoffmann habe ihm vorgelächelt, daß die Gelder von saarländischen Katholiken kämen und daß hinter der „Neuen Saarpost“ finanziell die Pastoren ständen. „Jetzt aber mußte ich mir in einem Gespräch mit dem französischen Grubendirektionär Baucher bestätigen lassen“, so heißt es in dem Schreiben weiter, „daß alles dies kein Idealismus von Ihnen war, daß Sie uns, Ihre Mitarbeiter, betrogen haben und Sie denen da draußen, den Bergleuten auf den Dörfern, etwas vorgemacht haben, was man nur mit Schwindel bezeichnen kann. Schwindel deshalb, weil es Ihnen nicht um den Katholizismus ging, und weil es Ihnen auch nicht um Deutschland ging. Schwindel deshalb, weil Sie die Gelder, die notwendig waren zur Erhaltung der „Neuen Saarpost“, sich von der französischen Grubendirektion geliehen. Was sein, was will, ich meine Deutschland, und ich meine das Christentum. Ich meine nicht die französische Bergvertdirektion und nicht die französische Propaganda.“

Mit Recht bestand der Verdacht, daß die für die „Neue Saarpost“ ausgeworfenen Gelder in eine falsche Tasse gelassen seien.

Der Ingenieurdivisionär der französischen Bergvertdirektion, Baucher, sagte mir außerdem im Laufe eines Gesprächs, daß für den Deutschen Volksbund jeden Monat französisches Geld gegeben wird. Weiter hat er mir vor Zeugen bestätigt, daß die Unterredung am Deutschen Röhrenweiser den Zweck hatte, den Geldgeber zu veranlassen, die französischen Gelder der richtigen Verwendung zuzuführen. Aus diesem Motiv heraus ist ja auch das sogenannte Rosenbedsche Dokument entstanden, und weiter bestätigte mir dieser Franzose, daß Ende November 1934 Heinrich Imbusch jun. in seiner Wohnung gewesen ist und daß in Gegenwart von Baucher, dem Chefspringer de Gauve und Kriesbach über die Wirkung des Dokuments gesprochen wurde.

Das besagt doch nichts anderes, als daß die französischen Geldgeber auch heute noch der Meinung sind, daß Sie, Herr Hoffmann, die französischen Gelder noch immer nicht so verwenden, wie Sie nach Absicht der Geldgeber verwendet werden sollen.

Herr Baucher verwies wegen des rüchändigen Gehaltes und eines Reagenstests für Herrn Kriesbach ohne weiteres an Rosenbed, der werde alles erledigen. Der französische Grubeningenieur war leicht empört, als er mir sagte: „Das alles ist eine unfaubere und unangenehme Angelegenheit.“ Er hat recht.

## Schwarzer Tag für die Separatisten

### „Deutscher Volksbund“ mit französischem Geld

Saarbrücken, 31. Dezember. Der gestrige Sonntag wird als schwarzer Tag des saarländischen Separatismus in das Kapitel der Geschichte über den Saar-Endkampf aufgenommen sein: Vierzehn Tage vor der Saarabstimmung hat sich eine Reihe von Vorurteilen ereignet, die allen separatistischen Illusionen endgültig den Garaus machen müssen. Die „Saarbrücker Zeitung“ veröffentlicht einen umfangreichen Brief des früheren Organisations der katholischen Gruppenbildung des sogenannten „Deutschen Volksbundes“, Fritz Kriesbach, eines saarländischen Geistlichen. Die sensationellen Enthüllungen des hohen angehenden Mitarbeiters der „Neuen Saarpost“ betreffen nicht nur den Inhalt der Rosenbed-Schriftstücke, sondern bringen noch neue wesentliche Aufschlüsse über die Hintergründe und Machenschaften des „Saarpost“-Kreises um Herrn Hoffmann. Als kaum zu übersehende Ironie muß aus diesem Schreiben zunächst die Tatsache hervorgehoben werden, daß der Redaktionsstab der „Neuen Saarpost“ und das Verlagspersonal sich bis auf drei oder vier Witwensfrauen, den Sohn Imbusch und einen österreichischen Wirtschaftsjournalisten ausschließlich aus Marxisten zusammensetzt.

dem 27. Dezember unmöglich machen, ohne strengste Kontrolle ins Saargebiet einzureisen. Diese lächerliche Behauptung der Separatisten fällt damit von selbst zusammen.

### Die „Saarpost“-Redaktion fliegt auf

Als letzter Schlag ist Sonntagabend bei der Vandalisierung der Deutschen Front ein

Schreiben des verantwortlichen Redakteurs der „Neuen Saarpost“, Hugo Dagen, eingetroffen, in dem er sich mit folgenden Worten von seinem bisherigen Blatt löst: „Nach allem, was ich in den letzten Tagen über die Finanzierung der „Neuen Saarpost“ erfahren habe, halte ich es für meine selbstverständliche Pflicht, für die Pflicht eines unabhängigen Deutschen, Ihnen mitzuteilen, daß ich in der Redaktion einer von französischen Geldern finanzierten Zeitung nicht weiterarbeiten will. Ich habe gesehen, daß man mit meinem Namen im Impresario der „Neuen Saarpost“ Schindluder getrieben hat. Ich glaube, für eine große Idee zu kämpfen, aber ich wollte nie französische Interessen unterstützen. Ich habe nicht die Absicht, zu Ihnen überzuliegen, aber

ich halte es für meine Pflicht, den Mitgliedern der Deutschen Front durch mich mitteilen zu lassen, wie es in Wirklichkeit um die „Neue Saarpost“ und den „Deutschen Volksbund“ bestellt ist. Welchen Weg Sie dazu wählen, ist mir gleichgültig; ich wollte

Als Organisator der neuen katholischen Partei kam Kriesbach schon vor der Gründung sehr viel im Saargebiet herum und ist dabei auch in vielen Pfarrhäusern gewesen. In den dabei geführten Gesprächen wurde ihm stets zunächst die Frage gestellt, ob an den Gerüchten, die „Neue Saarpost“ sei mit französischen Geldern gegründet, etwas Wahres sei. Nach den ihm von Hoffmann und anderen Herren des Verlages mehrfach gegebenen Versicherungen hat er jedoch diese Verdächtigungen stets in ehrlicher Ueberzeugung als eine Lüge bezeichnet. Nach kurzer Zeit hat sich jedoch Kriesbach davon überzeugen müssen, daß ihn Herr Hoffmann belogen hat. In seiner beruflichen Eigenschaft kam Kriesbach in den letzten Monaten sehr oft

### mit den Propagandastellen der französischen Bergvertdirektion

zusammen, von denen die „Neue Saarpost“ monatlich einen Aufschuß von 120 000 Franken erhielt. Als Kampffonds für den „Volksbund“ hatte die französische Propagandastelle 200 000 Franken je Monat festgelegt.

In seinem umfangreichen Schreiben, das in Form einer eidesstattlichen Erklärung niedergelegt ist, stellt Kriesbach ferner fest, Hoffmann habe nicht nur französische Gelder angenommen, sondern diese nicht einmal für die gedachten Zwecke verwendet. Er habe die Franzosen und die Mitglieder des Volksbundes betrogen.

Den Subsidien der Franzosen von monatlich mindestens 50 000 bis 60 000 Franken für den Volksbund hätten monatlich Ausgaben von höchstens 10 000 bis 15 000 Franken gegenüber.

Dazu kämen dann noch die Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen und Spenden. Weiterhin dürfte mit Sicherheit angenommen werden, daß die Reise Hoffmanns und des Pfarrers Weber nach England, ganz einträglich gewesen sei. Eine englische Journalistin, die von der Englandfahrt wußte, konnte mitteilen, daß der Aufschuß, der die Herren zu der weiten Reise aufgebahrt hatte, diese nicht ohne einen anständigen Scherz entließ.

Auf Grund dieser aufsehenerregenden Veröffentlichung Kriesbachs, die den unabhängigen Beweis für die französischen Finanzierung der neuen katholischen Partei und der „Neuen Saarpost“ brachte, kam es nachmittags zu den gemeldeten Zwischenfällen in Malstatt, bei denen durch Kriesbach in den eigenen Reihen eine Verfallung des sogenannten Christlichen Volksbundes mit Rosenbeds Helfern aufstopf. Vergeltung mühen sich die separatistischen Kreise, bei diesem Zusammenbruch der eigenen Front den Spieß umzuwenden und die lächerliche Behauptung zu verbreiten, sämtliche Reichsdeutsche wären in Autos über die Grenze gekommen und hätten den Zwischenfall provoziert (!). In ihrer panikartigen Bekämpfung haben die Herrschaften jedoch übersehen, daß die jüngsten Erlasse der Regierungskommission es seit

## Noch keine Einigung Paris-Rom

### Lösungswort: „Surückhaltung“

Paris, 31. Dezember.

Nachdem auch der Sonntag trotz reger diplomatischer Tätigkeit noch keine Aussichten für eine Einigung zwischen Frankreich und Italien gebragt hat, die der Reise Lavals nach Rom ihre Bedeutung geben sollte, scheint man in französischen politischen Kreisen das Lösungswort „Surückhaltung“ ausgegeben zu haben. Man vertritt jetzt den Standpunkt, daß es nicht weiter schlimm sei, wenn die Sache noch nicht genügend reif ist. Dann könne noch gewartet werden, und Lavals erste Auslandsreise würde eben am 11. Januar erst einmal nach Genf führen. Neben der französisch-italienischen Tunis-Frage scheint die geplante Garantieierung der österreichischen Unabhängigkeit und das harte Festhalten an den Grenzen in Mittel- und Europa den Stein des Anstoßes zu bilden, der Frankreich den Wegner der Vertragsrevision, und Italien, das die Möglichkeit von Vertragsrevisionen zuläßt, keinen Ausgleich finden läßt.

In unterrichteten französischen Kreisen beurteilt man nach den letzten aus Rom eingegangenen Nachrichten die Lage so, daß die beträchtlichen Meinungsverschiedenheiten schwerlich überbrunden werden können.

es sei denn, daß die italienische Regierung im letzten Augenblick eine entgegenkommendere Haltung einnimmt. Denn, so fügt man hinzu, die Verhandlungen sind ja noch nicht zu Ende, wenn sie sich auch ihrem Ende nähern. Man legt auch Wert darauf, wissen zu lassen, daß Frankreich in Mitteleuropa weniger direkte Interessen habe als Italien, und daß die französischen Vorschläge für Mitteleuropa daher sozialen ungenügend seien. Oesterreich wolle zwar eine Garantieierung der Großmacht, aber nicht der Nachfolgestaaten, und Italien halte an seiner Ansicht über die Grenzverdrängung fest.

Mehrere Blätter, vor allem das „Echo de Paris“, machen nähere Angaben über das hart verästelte Garantiegebot, das für Oesterreich erfinden werden soll:

Außer den geographischen Nachbarn wie Deutschland, Italien, die Tschechoslowakei, Südslawien und Ungarn sollten Frankreich, England und Rumänien als Schutzmächte herangezogen

werden, und wegen der Bindungen, die Südslawien mit der Türkei hat, auch die Türkei und sogar Griechenland. Das „Journal“ macht darauf aufmerksam, daß man in Rom von einem so weit verzweigten Netz nichts wissen wollte. Denn durch den Anschluß Rumaniens an das Bündnis, das ja auch die bestehenden Grenzen bestätigen soll, sei Ungarn von der Kleinen Entente völlig eingeschlossen und jeder Revision unmöglich gemacht.

Der römische Berichterstatter des „Matin“ teilt mit, die Haltung Mussolinis werde am 3. Januar vor dem Vorland der katholischen Partei in Turin bekanntgegeben werden. Italien würde in der Folgezeit bei Deutschland und Polen zuzunehmen des Diktates vorhalten werden und dabei auf die Gefahren der Verstärkung der französisch-russischen Bindungen hinweisen.

### Londoner Kommentare

London, 31. Dezember.

Die Morgenzeitungen veröffentlichen die Pariser Blättermeldung, daß es bei den französisch-italienischen Verhandlungen in letzter Minute Schwierigkeiten gegeben habe. Im „News Chronicle“ wird es sogar als wahrscheinlich bezeichnet, daß

### Lavals Besuch bei Mussolini auf unbegrenzte Zeit verschoben

werden müsse. In einem Aufsatz des diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph“, der offenbar vor Eintritten der Pariser Meldung abgefaßt worden ist, wird u. a. angeführt, wenn der in Aussicht genommene römische Besuch Lavals durch Weiritt Deutschlands vollständig werde, dann werde man wahrscheinlich dem vollständigen Beitrag zum Frieden seit Locarno gegenüberstehen. Dieser Fall würde die Befriedung des gesamten Donaugebietes herbeiführen. Die Staaten der Kleinen Entente hätten sich bereit gefunden, in diesem Fall nicht gemeinsam, sondern als einzelne Staaten zu handeln. Großbritannien habe die gesamten Schritte aufmerksam beobachtet und unterstützt. Sir John Simon habe bei seinem Aufenthalt in Paris dem französischen Ministerpräsidenten und Lavals gegenüber ein Weiterlatenzen auf diesem Wege energisch befürwortet und praktische Vorschläge gegeben. Diese seien auch Mussolini